

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/213

Bonn, den 5. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeiler</u>
1	Weiteren Schaden abwenden ! ----- Erhard mißachtet das Votum des Parlaments	42
2 - 2a	Außerhalb der Legalität ----- Blick auf den Haushalts-Dschungel Von Wolfgang Jansen	63
2a	Schockwirkung ----- Nach der Landtagswahl in Hessen	32
3	...Trotz angespannter Finanzlage... ----- Weiter Förderung des Wohnungsbau in Niedersachsen Von Klaus Rusticus	39
4	Gute Leistungen - höherer Lebensstandard ----- Heimgekehrte Gastarbeiter geben ein Beispiel	42

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Demokratie und nationales Interesse nicht trennen
19. Novelle zügig beraten
Einrichtungshilfe 700.-- DM ?
Medikamente nach Ostdeutschland
Studentenseminar über Ostkunde
Kuß und Löwenzahn auf schlesisch

+ + +

Weiteren Schaden abwenden !

Erhard mißachtet das Votum des Parlaments

sp - Als der Bundestagspräsident verkündete, daß der von der CDU/CSU eingebrachte Antrag zum Übergang zur Tagesordnung mit einer Mehrheit von 255 gegen 246 Stimmen abgelehnt worden sei, ging ein hörbares Aufatzen durch die Ränge auf den Zuschauertribünen. Die Mehrheit des Bundestages hatte erkannt, daß jetzt die Stunde der Wahrheit gekommen ist.

Nicht erkannt hatte dies die Minderheit, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU. Das wurde sichtbar, als Dr. Rainer Barzel in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender erneut versuchte, mit Paragraphen und mehr oder weniger fragwürdigen Hinweisen auf die Geschäftsordnung den politischen Inhalt des sozialdemokratischen Antrages zu vernebeln. Die Treueschwüre, die Herr Barzel bei dieser Gelegenheit dem Minderheitskanzler Erhard widmete, mögen selbst manchem CDU- und CSU-Abgeordneten peinlich gewesen sein...

Auch der immer noch antizierende Bundeskanzler Erhard bot das Bild eines Mannes, dessen Begriffsvermögen nicht mehr intakt zu sein scheint. Auch er klammerte sich an Paragraphen, warf das böse Wort vom "Schauprozess" in die Debatte und verkündete mit dem Mut der Verzweiflung, er werde sich in keinem Fall um das Votum des Parlaments kümmern. Daß ihm für diese Ankündigung ein Teil der CDU/CSU-Fraktion Beifall zollte, ist mehr als bezeichnend.

Das Verhalten der CDU/CSU und des Bundeskanzlers in dieser Situation ist der sicherste Beweis dafür, daß man dort nicht begriffen hat, worum es jetzt in Deutschland geht. Abgesehen von der Verkündung, man werde sich nicht um das Votum des Parlaments kümmern, sorgen die meisten CDU- und CSU-Abgeordneten jetzt auch noch dafür, daß ihre eigene innere Parteikrise auf den Staat übertragen wird. Gewiß, mancher Abgeordnete der CDU und CSU wird sich im stillen fragen, ob und wie lange er dieses Verhalten noch mit seinem Gewissen verantworten kann; aber offenbar ist Wehners Appell an die Mitglieder des Kabinetts - Sie sind nicht nur Minister Ihrer Partei, sondern durch Eid dem ganzen Volk verpflichtet ! - zunächst noch nicht beachtet worden. Und vielleicht gibt man sich dort der trügerischen Hoffnung hin, alles werde sich durch ein Wunder wenden.

Wunder aber gibt es - besonders in der Politik - kaum. SPD und FDP haben versucht, dem Kanzler und der CDU/CSU die Verantwortung für ihr Verhalten deutlich zu machen. SPD und FDP haben helfen wollen, den anständigen Weg für die Klärung der nunmehr seit vielen Wochen andauernden Regierungskrise zu ebnen. Die Krise schwelt weiter, CDU/CSU haben sich geweigert, einen Mehrheitsbeschluß des Parlaments zu respektieren. Jetzt wird es erneuter Anstrengungen bedürfen, um weiteren Schaden von unserem Volk abzuwenden.

* * *

Außerhalb der Legalität

Blick auf den Haushalts-Dschungel

Von Wolfgang Jansen

Sofern es jemandem gelingt, den Dschungel von Haushaltsvorschlägen, Änderungen und Änderungsergänzungen zu durchdringen, wird er verwundert mit dem Kopf schütteln: Die Bundesregierung bringt einen Haushalt ein, der nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung nicht gedeckt ist. Um ihn auszugleichen, werden im Finanzplanungsgesetz Ausgaben, im Steueränderungsgesetz Vergünstigungen abgebaut. Da dies nicht reicht, wird nachträglich ein Ergänzungshaushalt eingebracht. Auch danach hapert es noch, weshalb Novellen zum Steueränderungs- und Finanzplanungsgesetz angekündigt werden. Vom Inhalt dieser Novellen erfährt der Deutsche Bundestag nicht etwa durch ordnungsgemäß eingebrachte Gesetzesentwürfe, sondern durch eine Rede, die Herr Schmücker hält. Die Gesetzestexte erhält nach dieser Rede der Bundesrat. Der Bundestag erfährt von diesen Texten erst in den Bundestagsausschüssen, aber nicht durch Vorlage des Regierungsentwurfes, sondern dadurch, daß die CDU/CSU den Regierungsentwurf als "ihren Antrag" in den Ausschüssen einbringt. Und selbst nach alledem bleiben die zwei Milliarden ungedeckt, die aus dem Beteiligungstreit an der Einkommen- und Körperschaftsteuer herfließen. Dieses Durcheinander ist ein exaktes Spiegelbild der derzeitigen Regierungssituation. Es repräsentiert zugleich ihre Schwäche.

In mehr als einem Punkte ist diese Situation außerhalb der Legalität. Beginnen wir mit dem Beteiligungstreit. Ab 1965 wurde der im Grundgesetz auf 35 Prozent bezifferte Bundesanteil an der Einkommens- und Körperschaftsteuer für zwei Jahre auf 39 Prozent heraufgesetzt. Damit wurde die Erwartung verbunden, daß die bis dahin durchgeführte Finanzreform eine endgültige Regelung herbeiführen werde. Die Bundesregierung argumentiert nun, daß das Verhältnis bei 39 Prozent bleiben müsse, solange die Finanzreform nicht verabschiedet sei. Sie dementiert sich gleichzeitig selbst, indem sie ein neues Gesetz vorlegt, das den Anteil erneut auf 39 Prozent festsetzt. Würde die Regelung der letzten zwei Jahre einfach weiter gelten, so bedürfte es weder eines neuen Beteiligungsgesetzes, wie es die Bundesregierung gleichwohl vorgelegt hat, noch hätte die seinerzeitige Begrenzung auf zwei Jahre einen Sinn gehabt. Die Argumentation der Regierung schwebt daher kaltlos im Raum.

Der Bundesrat hat bereits erklärt, daß er dem neuen Gesetz nicht zustimmen wird. Damit gilt zunächst der 35-Prozent-Anteil weiter. Der Bundeshaushalt geht aber von 39 Prozent, also von zwei Milliarden DM mehr als tatsächlich vorhanden sind, aus. Da die Bundesregierung laut Grundgesetz zur Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltes verpflichtet ist, verstößt die gegenwärtige Vorlage trotz aller umständlicher Änderungsergänzungen gegen die Verfassung.

Zum zweiten: Das Finanzplanungs- und Steueränderungsgesetz haben der Bundesrat im ersten Durchgang passiert und liegen dem Bundestag zur Beratung vor. Sie sind also noch nicht verabschiedet, nicht rechtskräftig, also rechtlich überhaupt nicht existent. Die dem Bundesrat zgedachten Novellen sollen also Gesetze ändern, die es gar nicht gibt. Und weiter: Durch die Vorlage der Novellen an den Bundesrat beweist die Bundesregierung, daß es sich um ihre Gesetzesentwürfe handelt. Nach Art. 76 des Grundgesetzes werden aber Gesetzesentwürfe durch die Bundes-

regierung beim Bundestag eingebracht. Mit anderen Worten, das von der Bundesregierung angewandte Verfahren, Gesetzentwürfe im Ausschluß von einer Fraktion als Änderungsanträge einbringen zu lassen, widerspricht dem Grundgesetz. Das ganze Verfahren ist verfassungswidrig.

Es widerspricht auch dem § 77 der Geschäftsordnung, der für Gesetzentwürfe und Haushaltsvorlagen zwingend drei Lesungen im Parlament vorsieht. Die Bundesregierung versucht aber, die erste Lesung dadurch zu umgehen, daß sie ihre Vorlagen erst in den Ausschüssen vorbringen läßt.

Fazit: Hat man sich durch den Dschungel der Vorlagen hindurchgewühlt erkennt man: Diese Regierung befindet sich in mehr als einem Punkte außerhalb der Legalität. Und alle ihre Entschuldigungsversuche zeigen nur, daß sie die Regierungsgeschäfte nicht mehr unter Kontrolle hat.

+ + +

Schockwirkung

Nach der Landtagswahl in Hessen

sp - Das Echo von Ost und West auf den Wahlerfolg der NPD hat den gemeinsamen Grundton von Bestürzung und Mißtrauen. Auch Freunde und Verbündete der Bundesrepublik sind zutiefst erschrocken. Düstere Bilder einer schreckensvollen Vergangenheit werden beschworen. Zum Teil nimmt die Reaktion auf den Einzug von acht NPD-Abgeordneten in ein Länderparlament hysterische Züge an; wilde Spekulationen über die künftige Entwicklung der Bundesrepublik beunruhigen die Gemüter. Das Mißtrauen und die Furcht vor Deutschland haben einen großen Auftrieb erhalten; jede deutsche Politik muß nun mit dieser belastenden Hypothek rechnen.

Gewiß ist nicht jedes Wort auf die Waagschale zu legen und sicherlich wird nach der Aufregung auch die Stunde für abgewogene, der deutschen Wirklichkeit gerecht werdende Betrachtungen kommen. Aber wir sollten all das, was wir in diesen Tagen zu hören bekommen, nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn es hat sein eigenes Gewicht und bestimmt das Bild, das sich die Welt von der Bundesrepublik macht. Seine Verzerrungen bedürfen der Korrektur. Zur Korrektur gehört die Feststellung der nüchternen Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes sich von der Vergangenheit abgewandt hat und den Sturz des Dritten Reiches innerlich bejaht. Zuviel hat unser Volk für die Verbrechen der Hitlerzeit bluten und büßen müssen. Unsere Jugend ist anders als die Jugend der Weimarer Zeit, kritisch, aufgeschlossen, der Welt zugewandt und für Demagogen jedweder Richtung unzugänglich. Eine starke öffentliche Meinung reagiert empfindlich auf Verletzungen demokratischer Grundregeln und sie hat sogar Minister, die dagegen verstießen, zum Rücktritt gezwungen. Und schließlich nimmt die Sozialdemokratie an Kraft und innerer Stabilität ständig zu, sie bleibt der stärkste Faktor der deutschen Demokratie und sie wird es gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften zu verhindern wissen, daß einer schrecklichen Vergangenheit die Tore der Zukunft geöffnet werden. Auch das sollten die ausländischen Kommentatoren bei ihren sorgenvollen Meditationen über Deutschland mit berücksichtigen. Es gehört zur unerläßlichen Korrektur des Deutschlandbildes.

+ + +

Trotz angespannter Finanzlage...

Weitere Förderung des Wohnungsbaues in Niedersachsen

Von Klaus Rusticus

Trotz der angespannten Finanzlage will die niedersächsische Landesregierung (SPD/CDU-Koalition) den Wohnungsbau weiterhin mit allen möglichen Mitteln fördern. Sozialminister Kurt Partzsch (SPD) geht dabei - trotz völlig anderslautender "Bonner Statistik" - von einem noch immer vorhandenen Bedarf von ca. 300 000 Wohneinheiten in dem Land aus und vertritt in diesem Zusammenhang den folgerichtigen Standpunkt, daß es schon aufgrund der strukturellen Verhältnisse des Landes einer anderen wohnungsbaupolitischen Konzeption bedarf, als sie in Bonn durch ständige Reduzierung des sozialen Wohnungsbaues aufgezwungen werden soll.

Ursprüngliches Programm undurchführbar

Sozialminister Partzsch hatte bereits ein Programm für 1966/67 mit ca. 13 000 Wohneinheiten entwickelt. Wie er jetzt erklärte, kann es in dieser ursprünglichen Form nicht realisiert werden. Nach seinen Worten wird nunmehr ein zweites Programm mit einem Volumen von 5 000 Wohneinheiten aufgelegt, das auf dem Wege über Kapitaldiensthilfen des Landes finanziert werden soll. Zur gleichen Zeit wird das ursprüngliche Programm insofern abgeändert, daß 5 000 WE wie im zweiten Programm gefördert werden, während 3 500 WE wie bisher finanziert werden, davon ein Drittel durch Direktbezuschussung des Landes besonders für Eigenheime.

Die angesichts der Anspannung auf dem Kapitalmarkt von dem Land nur unter Opfern zu gewährenden Finanzhilfen sollen gut und schnell angesetzt werden, und zwar gezielt unter der Voraussetzung, daß in den betreffenden Gemeinden bereits aufgeschlossenes Bauland zur Verfügung steht.

Konsolidierung

Die bisherigen Leistungen des Landes Niedersachsen im Wohnungsbau sind beispielhaft. Das gilt besonders für die Lageräumung. Für diesen Zweck hat die Regierung in Hannover von 1960 bis 1965 nahezu 200 Millionen DM aus Eigenmitteln bereitgestellt, während vom Bund nur ca. 82 Millionen DM flossen. Von ursprünglich 160 000 Bewohnern der alten Flüchtlingslager sind heute nur noch 13 000 übrig geblieben. Auch diese in menschenwürdigen Wohnungen unterzubringen, ist das erklärte Ziel der Landesregierung. Erstes Gebot der niedersächsischen Wohnungspolitik ist die Konsolidierung des Wohnungsmarktes unter Ausschaltung der vielen Ressentiments, die z.B. bei der Bonner Statistik unberücksichtigt bleiben.

Gute Leistungen - höherer Lebensstandard

Heimgekehrte Gastarbeiter geben ein Beispiel

sp - Die ausländischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik stellen eine Auslese ihrer Völker dar - keine negative, wie jetzt festgestellt wurde. Zu einem überraschenden Ergebnis gelangten spanische Pädagogen, die in Frankfurt, Stuttgart und Heidelberg junge Spanier für das Abitur prüften. Diese Abiturienten, deren Eltern als Gastarbeiter tätig sind, erhielten Fernunterricht mit Hilfe von Magnetophon-Bändern. Das Fazit: 75 Prozent aller in Deutschland geprüften spanischen Abitur-Anwärter bestanden die Prüfung - in Spanien selbst ist der Durchschnitt höchstens 55 Prozent!

Die Kinder von Gastarbeitern sind zudem anpassungsfähiger als ihre in der Heimat verbliebenen Altersgenossen. Ist in Spanien der Anteil der Arbeiterkinder an den weiterbildenden Schulen im Vergleich zur Bundesrepublik erstaunlich gering - nicht einmal fünf Prozent der etwa eine Million Schüler höherer Lehranstalten -, so hat der soziale Aufstieg der Gastarbeiter im Ausland auch dazu geführt, daß diese ihren Sprösslingen eine bessere Erziehung angedeihen lassen können.

Das erhöhte Sozialprestige des Gastarbeiters, der auszog, um das Geuseln des nordeuropäischen Arbeitstempus zu lernen, hat letzten Endes dazu geführt, daß er - wieder in der Heimat - das Fürchten vor dem Arbeitgeber verlernt hat und sich nicht treten läßt. Auch der Arbeitgeber in Spanien zieht seinen Nutzen aus solchen zurückgekehrten Arbeitskräften, die er naturgemäß besser entlohnen muß als etwa das durch die Landflucht in die Städte geschwemmte Reservoir an industrieller Hilfskraft. Keiner Gastarbeiter, der in Deutschland war, fiel es ein, Öl zu verschütten, Zigarettenstummel auf den Boden zu werfen oder eine Maschine unsachgemäß zu behandeln. Während Spaniens Arbeiter gefährlich leben - im letzten Jahr erlitt einer von zehn einen Arbeitsunfall -, so sind die zurückkehrenden Gastarbeiter durch die harte Schule der deutschen Industriewelt gegangen und haben auch durch die Praxis gelernt, wie Unfälle verhütet werden. In spanischen Betrieben diktieren sie das Arbeitstempo - es fällt ihnen schwer, in die übliche Umstandskrämerei zu verfallen, die noch immer an vielen Arbeitsplätzen herrscht.

Wenn sich erst einmal die unleidliche Frage der zollfreien Einfuhr ihrer Kraftwagen gelöst hat - und diese Regelung dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen -, dann werden viele der 200 000 spanischen Gastarbeiter die Bundesrepublik wieder verlassen und in der Heimat einer Beschäftigung nachgehen, die es ihnen erlaubt, den hart erkämpften mittel- und nordeuropäischen Lebensstandard zu bewahren.